

# ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 07 | 17.02.2023

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

## I. BUNDESGESETZBLATT

### [BGBl II 42/2023](#) ([Beilage 1](#); [Beilage 2](#); [Beilage 3](#))

Kundmachung des Bundesministers für Finanzen betreffend die **Inkraftsetzung deutscher Rechtsvorschriften in den Gemeinden Mittelberg und Jungholz**

### [BGBl II 44/2023](#)

Verordnung über die Geschäftsstelle zur Qualitätssicherung von schulexternen Angeboten zur Unterstützung des schulischen Unterrichts (**externe Qualitätssicherungsverordnung**)

### [BGBl II 45/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft, der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie und des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Lagerung brennbarer Flüssigkeiten 2023 (**Verordnung über brennbare Flüssigkeiten 2023 – VOBF 2023**)

### [BGBl II 47/2023](#) ([Anlage 1](#); [Anlage 1a](#))

Bekanntmachung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit der die Bekanntmachung betreffend die **Lehrpläne für den katholischen Religionsunterricht** an Volksschulen, an Mittelschulen, an der Unterstufe allgemeinbildender höherer Schulen, an berufsbildenden höheren Schulen (inklusive dem Lehrgang für Früherziehung (einschließlich des Lehrgangs für Berufstätige) und ausgenommen Bildungsanstalten sowie Kollegs und Sonderformen der Bildungsanstalten), an berufsbildenden mittleren Schulen sowie an Berufsschulen geändert wird

## II. AMTSBLATT DER EU

### [ABl L 47 v 15.02.2023, 1](#)

Verordnung (EU) 2023/331 des Rates vom 14. Februar 2023 zur Änderung bestimmter Verordnungen des Rates über **restriktive Maßnahmen** zu der Aufnahme von Bestimmungen über eine **Ausnahme für humanitäre Zwecke**

### III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

#### A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

29.11.2022, [V 187/2022](#)

**COVID-19-MaßnahmenVO; COVID-19-MaßnahmenG;** Abweisung eines Eventualantrags auf Aufhebung von Bestimmungen einer COVID-19-MaßnahmenVO des Landeshauptmanns von Wien betreffend die **Maskentragepflicht an stark frequentierten öffentlichen Orten im Freien**; hinreichende Dokumentation der Entscheidungsgrundlagen

14.12.2022, [E 369/2022](#)

**Gelegenheitsverkehrs-G;** Anlassfall zu VfGH 28.11.2022, [V 222/2022](#)

#### B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

12.12.2022, [Ro 2021/10/0009](#)

**B-VG; AuskunftspflichtG;** „Organe“ iSd Art 20 Abs 4 B-VG sind nicht „organisatorisch“, sondern „funktionell“ zu verstehen; daher kommt es nicht darauf an, ob ein Organ organisatorisch in eine Gebietskörperschaft eingegliedert ist, sondern, ob es mit der "Besorgung von Verwaltungsaufgaben" betraut ist; dies umfasst auch **Universitäten**, für die zwar die Auskunftspflicht nicht explizit geregelt ist, welche jedoch wohl vom historischen Willen des Bundesgesetzgebers zur **Auskunftspflicht** umfasst waren; ein Berufungsverfahren (Berufung als Professor) steht in einem untrennbaren Zusammenhang mit der Erfüllung der (öffentlichen) Aufgaben der Universität; ein solches ist daher als eine "Besorgung einer Verwaltungsaufgabe" durch ein Organ zu sehen

20.12.2022, [Ra 2021/08/0061](#)

**BundespflegegeldG;** wenn die Voraussetzungen für das **Pflegekarenzgeld** nach § 21c Abs 3 BundespflegegeldG - insbesondere eine ununterbrochene dreimonatige Vollversicherung nach dem ASVG aus dem gem § 14a Arbeitsvertragsrechts-AnpassungsG karezierten Arbeitsverhältnis – vorliegen und es nur deswegen nicht gewährt wird, weil (wie im gegenständlichen Fall) der Vater, für dessen Sterbebegleitung die Leistung beantragt wurde, über keinen österreichischen **Krankenversicherungsschutz** verfüge und Österreich daher für diese Leistung nicht zuständig sei, ist dies rechtswidrig; für diesen Ausschlussgrund findet sich weder im nationalen Recht noch im Unionsrecht eine Grundlage

23.01.2023, [Ro 2019/04/0015](#)

**GewO; AVG;** weder der „Anschlag auf dem **Betriebsgrundstück**“ noch der „Anschlag in den der Betriebsanlage unmittelbar benachbarten Häusern“ iSd § 356 Abs 1 GewO dienen der Verständigung der **Nachbarn** von weiter entfernten Häusern, zumal gem § 356 Abs 1 leg cit statt durch Anschlag iSd Z 3 und 4 leg cit die Bekanntgabe aus Gründen der Zweckmäßigkeit, Raschheit und Einfachheit auch durch persönliche Verständigung des engeren Nachbarkreises erfolgen kann; aus den Erläuterung zu § 356 Abs 1 leg cit ergibt sich, dass sich die **Kundmachung** im Wege von Hausanschlägen in den unmittelbar benachbarten Häusern sowie eines Anschlags auf dem Betriebsgrundstück auf den engeren Nachbarkreis bezieht

23.01.2023, [Ra 2020/04/0129](#)

**AVG;** bei der Ermittlung von **Rechtsqualität** und **Inhalt** eines **Anbringens** ist nicht auf die **Bezeichnung** durch den Einschreiter, sondern auf den Inhalt der Eingabe, also auf das daraus erkenn- und erschließbare Ziel des Einschreiters abzustellen; entscheidend ist, wie das Erklärte, also der Wortlaut des Anbringens unter Berücksichtigung der konkreten gesetzlichen Regelung, des Verfahrenszwecks und der Aktenlage objektiv verstanden werden muss; im Zweifel darf nicht davon ausgegangen werden, dass eine Partei einen von vornherein sinnlosen oder unzulässigen Antrag gestellt hat; bei eindeutigen Inhalt eines Anbringens sind aber davon abweichende, nach außen nicht zum Ausdruck gebrachte Absichten und Beweggründe ohne Belang

23.01.2023, [Ra 2022/03/0229](#)

**EisenbahnG**; ein **Straßenbenützer** ist grundsätzlich verpflichtet, sein Fahrzeug bereits beim erstmaligen Ertönen eines akustischen oder Aufleuchten eines optischen Zeichens vor den Schranken anzuhalten; dies setzt jedoch voraus, dass es dem Fahrzeuglenker auch möglich ist, vom Zeitpunkt des Beginns des Signals aus gerechnet, sein **Fahrzeug** noch vor den Schranken zum **Stillstand** zu bringen; dies hängt aber insbesondere von seiner Fahrgeschwindigkeit (wobei dem Fahrzeuglenker ein Überschreiten der nach den gegebenen Verhältnissen einzuhaltenden Fahrgeschwindigkeit zur Last fällt) und der Entfernung von der Kreuzung beim Ertönen oder Aufleuchten des ersten Signals ab; befindet er sich daher im Zeitpunkt des Ergehens des ersten Zeichens in einer solchen Entfernung vor den Schranken, dass er nicht mehr anhalten kann, so hat er die Kreuzung zu übersetzen

24.01.2023, [Ra 2022/19/0149](#)

**BFA-VerfahrensG**; bei der Beurteilung, ob ein geklärt Sachverhalt gem § 21 Abs 7 BFA-VerfahrensG vorliegt, ist die Minderjährigkeit des Revisionswerbers zu beachten; vor dem Hintergrund der **Minderjährigkeit** des Revisionswerbers, der im Zeitpunkt der Erstbefragung sowie niederschriftlichen Einvernahme erst 14 Jahre alt war, hätte sein Vorbringen nicht mit „normalen Maßstäben“ gemessen werden dürfen; zur Beurteilung der Glaubwürdigkeit eines Minderjährigen bedarf es einer **besonders sorgfältigen Beweiswürdigung**

## C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG OÖ 22.12.2022, [LVwG-451282](#)

**BundesabgabenO**; das **Amt der OÖ Landesregierung** ist lediglich Hilfsapparat, nicht aber eigenständiger Rechtsträger, so dass – in Ermangelung einer Rechtspersönlichkeit – dessen **Parteifähigkeit im Abgabungsverfahren** zu verneinen ist

LVwG OÖ 27.12.2022, [LVwG-552263-552264](#)

**Oö JagdG**; die Bestimmung des § 64 Abs 4 OÖ JagdG stellt – im Gegensatz zu § 64 Abs 2 leg cit – für Waldflächen nicht auf Ertragseinbußen ab, sondern auf eine **Gefährdung der Erhaltung des Waldes** und seiner Wohlfahrtswirkung für die Allgemeinheit

LVwG NÖ 13.02.2023, [LVwG-S-539/001-2022](#)

**NÖ BauÖ**; der zur **Beseitigung eines Baugebrechens** Verpflichtete – ist bei sonstiger verwaltungsstrafrechtlicher Sanktion – aufgefordert, ohne Rücksicht darauf, ob er sich davon Erfolg verspricht, alles ihm Mögliche zu unternehmen, um den Auftrag fristgerecht umzusetzen; eine andere Auslegung liefe nämlich Gefahr, dazu zu führen, dass Vermutungen darüber durchzuführen wären, ob die **fristgerechte Umsetzung des Auftrags** möglicherweise (tatsächlich oder rechtlich) unmöglich sein könnte, wobei sich in vielen Fällen diese Unmöglichkeit erst ex-post herausstellen würde (vgl Rsp des VwGH, zB VwGH Ra 2022/05/0033)

LVwG Wien 26.01.2023, [VGW-101/V/032/11370/2022](#)

**PersonenstandsG**; das VwG Wien geht davon aus, dass der in § 2 Abs 2 Z 3 PersonenstandsG verwendete Begriff des „Geschlechts“ einen **Geschlechtseintrag abseits der binären Kategorien** „männlich“ und „weiblich“ grundsätzlich ermöglicht und eine solche weite Definition des Begriffs „Geschlecht“ abseits der Kategorien „männlich“ und „weiblich“ erforderlich sein kann, um den Anforderungen des Art 8 EMRK zu genügen

## IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

### A. GERICHTSHOF

#### [16.02.2023, Rs C-623/20 P, Kommission / Italien](#)

Rechtsmittel – **Sprachenregelung** – Bekanntmachung eines allgemeinen Auswahlverfahrens zur Einstellung von Beamten der Funktionsgruppe Administration im Bereich Audit – Sprachkenntnisse – Beschränkung der Wahl der zweiten Sprache des **Auswahlverfahrens** auf Deutsch, Englisch und Französisch – Sprache, in der die Kommunikation mit dem Europäischen Amt für Personalauswahl (EP SO) erfolgt – Verordnung Nr 1 – Beamtenstatut – Art 1d Abs 1 – **Unterschiedliche Behandlung** aufgrund der Sprache – Rechtfertigung – Dienstliches Interesse – Erforderlichkeit der Einstellung ‚sofort einsatzfähiger‘ Beamter der Funktionsgruppe Administration – Gerichtliche Überprüfung – Erforderlicher Grad des Nachweises

#### [16.02.2023, Rs C-635/20 P, Kommission/ Italien und Spanien](#)

Rechtsmittel – **Sprachenregelung** – Bekanntmachung allgemeiner Auswahlverfahren zur Einstellung von Beamten der Funktionsgruppe Administration, die als Ermittler bzw Leiter von Ermittlerteams eingesetzt werden – Sprachkenntnisse – Beschränkung der Wahl der zweiten Sprache der Auswahlverfahren auf Deutsch, Englisch und Französisch – Sprache, in der die Kommunikation mit dem Europäischen Amt für Personalauswahl (EP SO) erfolgt – Verordnung Nr 1 – Beamtenstatut – Art 1d Abs 1 – **Unterschiedliche Behandlung** aufgrund der Sprache – Rechtfertigung – Dienstliches Interesse – Erforderlichkeit der Einstellung ‚sofort einsatzfähiger‘ Beamter der Funktionsgruppe Administration – Gerichtliche Überprüfung – Erforderlicher Grad des Nachweises

#### [16.02.2023, Rs C-707/20, Gallaher](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Direkte Besteuerung** – **Körperschaftsteuer** – Art 49, 63 und 64 AEUV – Niederlassungsfreiheit – Freier Kapitalverkehr – **Konzerninterne Veräußerung** von Vermögenswerten – Gesellschaft mit steuerlichem Sitz in einem Mitgliedstaat, deren Muttergesellschaft ihren steuerlichen Sitz in einem anderen Mitgliedstaat hat und deren Schwestergesellschaft ihren steuerlichen Sitz in einem Drittland hat – Veräußerung von Rechten des geistigen Eigentums der in einem Mitgliedstaat steuerlich ansässigen Gesellschaft an ihre Schwestergesellschaft, die ihren steuerlichen Sitz in einem Drittland hat – **Veräußerung von Aktien** einer ihrer Tochtergesellschaften durch die in einem Mitgliedstaat steuerlich ansässige Gesellschaft an ihre in einem anderen Mitgliedstaat steuerlich ansässige Muttergesellschaft – Gegenleistung in Höhe des Marktwerts der veräußerten Vermögenswerte – Steuerbefreiung oder Besteuerung je nach dem Sitzstaat der Empfängergesellschaft

#### [16.02.2023, Rs C-312/21, Tráficos Manuel Ferrer](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Wettbewerb** – Ersatz des durch ein nach Art 101 Abs 1 AEUV verbotenes Verhalten verursachten Schadens – Beschluss der Kommission, mit dem das Vorliegen von Absprachen über Preise und Bruttolistenpreiserhöhungen für Lastkraftwagen im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) festgestellt wird – Nationale zivilprozessuale Vorschrift, die für den Fall, dass dem Antrag teilweise stattgegeben wird, vorsieht, dass jede Partei ihre Kosten trägt, es sei denn, es liegt ein missbräuchliches Verhalten vor – Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten – **Grundsätze der Effektivität** und der **Äquivalenz** – Richtlinie 2014/104/EU – Ziele und Gesamtausgewogenheit – Art 3 – Recht auf vollständigen Ersatz des entstandenen Schadens – Art 11 Abs 1 – **Gesamtschuldnerische Haftung** der Rechtsverletzer bei einer Zuwiderhandlung gegen das Wettbewerbsrecht – Art 17 Abs 1 – Möglichkeit der Schätzung des Schadens durch ein nationales Gericht – Voraussetzungen – Praktisch unmögliche oder übermäßig schwierige Ermittlung des Schadensumfangs – Art 22 – Zeitliche Geltung

#### [16.02.2023, Rs C-343/21, Zamestnik izpalnitelen direktor na Darzhaven fond „Zemedelie“](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsame Agrarpolitik** – Maßnahmen zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums – **Zahlungen für Agrarumweltmaßnahmen** – Verordnung (EG) Nr 1974/2006 – Hinderung des Begünstigten an der weiteren Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen – Begriffe ‚Flurbereinigungsverfahren‘ und ‚Bodenordnungsverfahren‘ – Fehlen der erforderlichen Vorkehrungen, um die Verpflichtungen des Begünstigten an die neue Lage des Betriebs anzupassen – Verordnung (EG) Nr 1122/2009 – Begriff ‚Höhere Gewalt und außergewöhnliche Umstände‘

### [16.02.2023, Rs C-349/21, HYA ua \(Motivation des autorisations des écoutes téléphoniques\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Telekommunikationssektor** – **Verarbeitung personenbezogener Daten** und Schutz der Privatsphäre – Richtlinie 2002/58 – Art 15 Abs 1 – Einschränkung der Vertraulichkeit der elektronischen Kommunikation – Gerichtliche Entscheidung, mit der das Abhören, die Aufzeichnung und die Speicherung von Telefongesprächen von Personen, die einer schweren vorsätzlichen Straftat verdächtigt werden, genehmigt werden – Praxis, wonach die Entscheidung nach einer Textvorlage und ohne individualisierte Begründung abgefasst wird – **Art 47 Abs 2** der **Charta** der Grundrechte der Europäischen Union – Begründungspflicht

### [16.02.2023, Rs C-393/21, Lufthansa Technik AERO Alzey](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Justizielle Zusammenarbeit in Zivil- und Handelssachen** – Verordnung (EG) Nr 805/2004 – **Europäischer Vollstreckungstitel** für unbestrittene Forderungen – Art 23 Buchst c – Aussetzung der Vollstreckung einer als Europäischer Vollstreckungstitel bestätigten Entscheidung – **Außergewöhnliche Umstände** – Begriff

### [16.02.2023, Rs C-472/21, Monz Handelsgesellschaft International](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Geistiges Eigentum** – Muster – Richtlinie 98/71/EG – Art 3 Abs 3 und 4 – Voraussetzungen für die **Erlangung** des Schutzes für ein **Bauelement** eines komplexen Erzeugnisses – Begriffe ‚Sichtbarkeit‘ und ‚bestimmungsgemäße Verwendung‘ – **Sichtbarkeit** eines Bauelements eines komplexen Erzeugnisses bei bestimmungsgemäßer Verwendung dieses Erzeugnisses durch den Endbenutzer

### [16.02.2023, Rs C-519/21, DGRFP Cluj](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsames Mehrwertsteuersystem** – Richtlinie 2006/112/EG – **Errichtung eines Immobilienkomplexes** durch einen Zusammenschluss ohne Rechtspersönlichkeit – Zusammenschlussvertrag – Verkauf der Wohnungen des Immobilienkomplexes durch bestimmte Mitglieder des Zusammenschlusses – Bestimmung des Steuerpflichtigen – Grundsatz der steuerlichen Neutralität – **Recht auf Vorsteuerabzug**

## **B. SCHLUSSANTRÄGE**

### [16.02.2023, verb Rs C-38/21 u Rs 47/21 u C-232/21, BMW Bank \(GA Collins\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – **Leasingvertrag** über ein Kraftfahrzeug mit Kilometerabrechnung – Darlehensvertrag zum Kauf eines **Gebrauchtwagens** – Richtlinie 2002/65/EG – Richtlinie 2008/48/EG – Richtlinie 2011/83/EU – Begriffe ‚außerhalb von Geschäftsräumen geschlossener Vertrag‘ und ‚Fernabsatzvertrag‘ – Einschaltung eines Vermittlers im Rahmen der Vertragsanbahnung – Ausnahme vom Widerrufsrecht bei der Erbringung von Dienstleistungen zur Vermietung von Kraftfahrzeugen – Keine unmittelbare horizontale Wirkung von Richtlinien – Anforderungen bezüglich der in einen Vertrag aufzunehmenden Angaben – Vermutung der Erfüllung der Informationspflicht bei Verwendung eines gesetzlichen Musters – Widerrufsrecht – Beginn der Widerrufsfrist bei unvollständiger oder unrichtiger Information – **Rechtsmissbräuchliche Ausübung des Widerrufsrechts** – Vorleistungspflicht

### [16.02.2023, Rs C-216/21, Asociația "Forumul Judecătorilor din România" \(GA Emiliou\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Entscheidung 2006/928/EG – Verfahren für die Zusammenarbeit und die **Überprüfung der Fortschritte Rumäniens** bei der Erfüllung bestimmter Vorgaben in den Bereichen **Justizreform und Korruptionsbekämpfung** – Art 2 EUV – Rechtsstaatlichkeit – Art 19 Abs 1 Unterabs. 2 EUV – **Art 47** der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Unabhängigkeit der Richter – Nationale Maßnahme zur Änderung der Vorschriften für die Beförderung von Richtern an unteren Gerichten

### [16.02.2023, Rs C-488/21, Chief Appeals Officer ua \(GA Čapeta\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Freizügigkeit – **Familienangehöriger eines EU-Arbeitnehmers**, der von diesem abhängig ist – Recht auf Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten und auf besondere beitragsunabhängige Geldleistungen – Kreis der Berechtigten – **Aufenthaltsrecht** des Verwandten in gerader aufsteigender Linie vorbehaltlich des Erfordernisses einer fortdauernden Abhängigkeit – Unangemessene **Inanspruchnahme der Sozialhilfeleistungen** des betreffenden Mitgliedstaats – Gleichbehandlung der Familienangehörigen des mobilen EU-Arbeitnehmers

### [16.02.2023, Rs C-520/21, BMW Bank \(GA Collins\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verbraucherschutz** – Richtlinie 93/13/EWG – Missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen – Art 6 Abs 1 und Art 7 Abs 1 – **Hypothekendarlehensvertrag** – Umrechnungsklauseln – **Wirkungen** der Feststellung der Gesamtnichtigkeit eines Vertrags wegen darin enthaltener missbräuchlicher Klauseln – Möglichkeit des Bestehens von über die Rückzahlung von Geldleistungen hinausgehenden Ansprüchen – Ungerechtfertigte Bereicherung – Abschreckungswirkung – Wirksamkeit

## C. GERICHT

### [15.02.2023, Rs T-492/21, Aquind ua/ ACER](#)

Energie – Zuständigkeit der ACER – **Austritt des Vereinigten Königreichs** aus der Union – **Rechtsfehler** – Art 2 Nr 1 der Verordnung (EU) 2019/943 – Art 92 des **Austrittsabkommens** – Ad-hoc-Ausnahmeregelung in Art 308 und Anhang 28 des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit

## V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

### 09.02.2023, Beschwerde Nr [43932/19](#) ua, *Katona und Závorský/Slowakei*

**Keine Verletzung** von **Art 1 1.ZP EMRK** (Schutz des Eigentums); Unmöglichkeit der gerichtlichen Geltendmachung von Ansprüchen gegen den Konkurschuldner auf Zahlung von Geldbeträgen aus **Schuldscheinen** aufgrund der Gesetzesänderung über die „**Schuldbefreiung**“; absolutes Verbot; fehlende Entschädigung; übermäßige individuelle Belastung der BF; kein gerechter Ausgleich zwischen den widerstreitenden Interessen

### 09.02.2023, Beschwerde Nr [10477/21](#), *Byčenko/Litauen*

**Keine Verletzung** von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); **Verweigerung einer Aufenthaltsanordnung** zugunsten des BF für seinen Sohn, nachdem dieser von seiner Mutter unrechtmäßig aus Litauen verbracht worden war; eingehende Prüfung der gesamten familiären Situation; begründete und auf das **Wohl des Kinds** gestützte Entscheidungen; hinreichende Beteiligung des BF am Verfahren

### 14.02.2023, Beschwerde Nr [21884/18](#), *Halet/Luxemburg*

**Verletzung** von **Art 10 EMRK** (Freiheit der Meinungsäußerung); Strafrechtliche Geldbuße für die Weitergabe vertraulicher Dokumente eines privaten Arbeitgebers über die Steuerpraktiken multinationaler Unternehmen (**Luxleaks**) an die Medien; Konsolidierung der früheren Rechtsprechung des EuGHs zum Schutz von Hinweisgebern und Präzisierung der im Urteil Guja aufgestellten Kriterien; Zulässigkeit des für die Offenlegung gewählten Wegs, da kein rechtswidriges Verhalten des Arbeitgebers vorlag; **Überwiegen des öffentlichen Interesses** an der Offenlegung gegenüber allen nachteiligen Auswirkungen, einschließlich des **Datendiebstahls**, der Verletzung des **Berufsgeheimnisses** und der Beeinträchtigung der **privaten Interessen der Kunden** des Arbeitgebers

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

## DISCLAIMER

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

## IMPRESSUM

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Amreither, Univ.-Ass. Mag. Paul Durstberger, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschläger, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Wiss.-Mit. Laura Weberndorfer.

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.